

renden Theile dahin übereingekommen, im Laufe des Jahres 1876 über die wünschenswerthen Abänderungen des Vertrages Verhandlungen einzuleiten und zum Abschlusse zu bringen.

Art 2

Die Ratifikation des gegenwärtigen Vertrags wird vor Ende 1875 in Wien erfolgen "

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der hohen kontrahirenden Theile den Vertrag unterschrieben und ihre Siegel beigedrückt.

Wien, am 12. Dezember 1875

Clemens Gf. Westphalen m. p.

Josef Frhr. v. Schwegel m. p.

Nachdem die obwaltenden Umstände es also unmöglich machten einen neuen Vertrag zu vereinbaren, so mußte selbstverständlich mit der Verlängerung des alten Vertrages einstweilen die entstandene Lücke ausgefüllt werden. Da aber in den letzten Jahren die wirklichen Zolleinkünfte den Minimalbetrag bedeutend überstiegen und diesfalls untern Anforderungen ziemlich entsprochen wurde, so hat die Finanzkommission gegen den vorliegenden Vertrag weiter nichts einzuwenden als daß das Land durch denselben wieder ein Jahr an das österr. Münzsystem gebunden bleibt. Bereits hat der Landtag die möglichen Schritte gethan um diese anstößige Vertragsbestimmung zu beseitigen oder doch zu entkräften, aber leider ohne Erfolg — Die Finanzkommission erkant aber auch anderseits, so viel Einbuße wir zwar durch diesen mißliebigen Artikel im Handel und Verkehre noch ein Jahr lang zu erliden haben werden, daß es doch unthunlich sei, das neue Uebereinkommen abzulehnen; jedoch glaubt sie ernstlich darauf bestehen zu müssen, daß die k. k. österreichische Regierung rückichtlich des Art. 12 dahin interpretirt werde: es sei mit Beibehaltung des österr. Münzsystems die Valuta (respekt. Tagirung der österr. Silbermünzen nach dem Kurse) noch im Laufe des Jahres 1876 Liechtenstein freizustellen.

Der Antrag der Kommission an den Landtag lautet daher wie folgt:

1. Der Landtag genehmigt die Verlängerung des am 23. Dez. 1863 zwischen Oesterreich und Liechtenstein vereinbarten Zoll- und Steuervertrages von Wien, am 12. Dez. 1875 um ein Jahr, d. i. bis Ende 1876;

2. jedoch wird die künftl. Regierung dringend aufgefordert den Bevollmächtigten Seiner Durchlaucht bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen Erneuerung des Zoll- und Steuervertrages von Seite des k. k. österr. Ministeriums eine Interpretation des Art. 12 des verlängerten Vertrages dahin zu erwirken: es sei das Fürstenthum Liechtenstein nicht behindert die österr. Silbermünzen bei den öffentlichen und Privatkassen des Landes nur mehr nach ihrem laufenden Kurswerthe — nicht wie bis anher ihrem Nennwerthe nach — anzunehmen.

Vaterländisches.

Baduz, 11. Jänner. Nach dem Ausweise der Borarlberger Bahn von 1875 haben sich die Betriebserträge gegen das Vorjahr um 32,324 fl. gehoben. Es wurden nämlich befördert im Jahre 1875:

467,815 Personen (1874 nur 450,154) mit einer Einnahme von 197,184 fl. (gegen 181,446 fl. im Vorjahre);

2,295,944 Zentner Frachten (1874 nur 1,823,383) mit einer Einnahme von 129,364 fl. (gegen 112,778 fl. im Vorjahre)

Es ergibt sich daher eine Mehreinnahme aus dem Personenverkehre von 15,738 fl.; aus dem Frachtenverkehre von 16,587 fl., zusammen 32,324 fl.

Ausland.

Deutschland. Am 25. D. v. J. wurde der bisherige General-Postdirektor Stephan zum General-Postmeister ernannt.

Unter ihm, der auch an der Spitze der Telegrafverwaltung steht, sind ungefähr 65,000 Beamte beschäftigt, eine Zahl, welche die Truppenstärke zweier Armeekorps übersteigt. Dr. Stephan hat sein Meisterstück bei der Schöpfung des allgemeinen Postvereins gemacht. In den Weihnachtstagen war der Postverkehr in Berlin reuer als je und zur Bewältigung des Paketverkehrs waren 72 Wagen extra eingestellt. Das günstige Wetter — kein Schnee und Eis auf den Straßen, kein Regenwetter — hat die Expedition der Güter begünstigt.

Eine interessante demonstrative Rundgebung hat am 29. Dezember in Berlin stattgefunden. Auf ergangene Einladung versammelten sich die in dort lebenden und zeitweilig anwesenden Amerikaner in „Sachs's Kunstsalon“ in der Taubenstraße, um gegen die Angriffe einiger Berliner Zeitungen, welche das in Bremerhaven begangene Verbrechen mit der amerikanischen Civilisation in Zusammenhang brachten zu protestiren.

Höhlenbewohner in der nächsten Nähe der deutschen Kaiserstadt gehören in das Reich der Fabel wird man sagen, und dennoch gibt es eine vollständige Höhlenkolonie, von etwa 70 Menschen bewohnt, im Brunwald. Eine Anzahl polnischer Erdarbeiter, die bei dem Bau der Benzlaer Bahn in der Gegend des Wannsees beschäftigt sind, haben sich dort für die Zeit des Baues in Erdhöhlen hauslich eingerichtet. Sie haben dem strengen Froste Trost geboten, während der Kälte ihr Dabein nicht zu verlassen und erfreuten sich trotzdem der besten Gesundheit. Sie halten in ihrer „Kolonie“ auf Ordnung, haben ihren selbstgewählten Aeltesten, dem sie willig gehorchen, und sind fleißige und ruhige Menschen, die bisher zu Klagen keine Veranlassung gegeben haben. Ihre Höhlen sind mit Erde beheckt, sie schlafen zu dreien oder viere in einer solchen, deren Eingang zur Nachtzeit mit Reisig gegen die Luft geschützt wird.

Der „Rheinpfalz“ schreibt man aus Korb: „In Folge der kalten Witterung am 7. und 8. Dezember sind bei uns und in der Umgebung in den Niederungen und theilweise auch an den Bergen die Weinberge total erfroren, so daß auf das nächste Jahr die Hoffnung auf ein geeignetes Weinjahr gänzlich geschwunden ist.“ Dagegen wird aus der Südpfalz berichtet, daß dort die Reben nicht oder wenigstens nicht in dem Maße gelitten haben, daß eine Beeinträchtigung des diesjährigen Herbstes zu befürchten wäre, obgleich das Holz der Reben in Folge der unzuträglichen Witterung noch nicht hinreichend gezeitigt ist.

Oesterreich. Die österreichisch-ungarischen Verhältnisse sind mit dem Jahre 1876 in eine bedeutungsvolle Phase getreten. Vor allem ist es die Bankfrage die ernste Besürchtungen begründet. Ungain will nämlich, daß das Privilegium der österreichischen Nationalbank, welches für die Gesamtmonarchie Geltung und erst mit Ende 1877 abläuft, schon mit 1876 erlösche; und will alsdann eine selbständige Bank errichten. In Oesterreich ist man aber der Ansicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die finanziellen und wirthschaftlichen Zustände nichts weniger als gute sind, eine so tief eingreifende Aenderung nicht vorgenommen werden dürfe und daß man eher das Silberagio verschwinden machen müsse, bevor man an die Stelle des Bestehenden unabschbare Neuerungen treten lasse.

Die ungarische Regierung beharrt nun aber auf ihrem Schein und erklärt am Schlusse des Jahres 1875 auf offiziellem Wege, daß sie sich gar nicht darum kümmere, ob Oesterreich das Privilegium der Nationalbank kündige oder nicht, sondern daß sie ein einverständliches Vorgehen mit der diesseitigen Reichshälfte zur Lösung der Bankfrage zu erreichen suchen und, wenn dies ohne Erfolg sein sollte, selbständig zu handeln gedenke.

Außer dieser Verwicklung, deren günstige oder ungünstige Lösung zweifelhaft erscheinen muß, kommen noch andere Momente in Betracht, die nicht geeignet sind, das Bild rosig zu